54. Jahrgang. № 246. Dienstag, 6. September 1910.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2.50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3.50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 6 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf., Geschäftsanzeigen aus der Provinz Sachsen 30 Pf., die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — Bei Wiederholungen wird Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Textseite die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jeder Bezirk kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Für Feinschmecker Dreixing-Lobeck & Co: Fondant-Chocolade, Rahm-Chocolade, Bitter-Chocolade per Tafel 50 ₰; Cacao per ½ Kg. Dose 2.40 M.; Dessert per Carton 2. 3 u. 5 M.

RAUM KUNST — Wer sein Heim nach künstlerisch. Grundsätzen individuell ausstatten will, wende sich an die Raumkunst Dresden-A., Victoriastraße 5/7. Eigene Fabrikation von in Material und Arbeit mustergültigen bürgerlichen Gebrauchsmöbeln künstlerischer Eigenart zu billigen Preisen.

Königl. Preuss. Staatsmedaille i. Silber. Bon Jour mit Goldmundstück . . . 3½ ₰; Kriegsschule do. . . . 4 ₰; Luftschiffer do. . . . 5 ₰; Kronprinz Wilhelm m. versch. Mundstück 6½ ₰. Egyptian Cigarette Company, Berlin NW. 7. Kairo — Brüssel — London E. C. — Frankfurt a./M., Bahnhofsplatz 10. Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Gummi- alle Maschinenbedarfs-Artikel: Schläuche, Platten, Schnüre, Ringe, Klappen, Puffer, Walzen, sowie wie: Stopfbüchsen-Packungen, Selbstöler, Wasserstandsgläser, Maschinenöle liefern in besten Qualitäten billigst en gros en detail. Gummi- u. Asbest-Compagnie Reinhard Stiehler & Böttger, Dresden, Wettinerstr. 8.

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, Damentuche, Billardtuche, Bunte Tuche. Verkaufsstelle der vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Kgl. Sächs. Staatsforstbeamte. Hermann Pörschel Scheffelstrasse 19/21 (Kleines Rauchhaus).

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kühl, veränderlich.

Lord Roberts und die englische Sondergesandtschaft ist gestern abend 6 Uhr 56 Min. in Dresden eingetroffen.

Der Dresdner Lehrerverein nahm einstimmig eine Resolution an, die sich gegen die vom Kultusminister Beck geplante künftige Gestaltung des Religionsunterrichts wendet.

In Gegenwart des Kaiserpaares ist in Stolp i. P. das „Kaiser-Wilhelm-Denkmal" feierlich enthüllt worden.

Prinz Heinrich von Preußen ist nach England abgereist, um über die Internationale Prinz-Heinrich-Automobil-Wettfahrt mit den dortigen maßgebenden Stellen Besprechungen abzuhalten.

Das Reichsgericht hat einen Haftentlassungs-Antrag der beiden unter Spionageverdacht festgenommenen Engländer abgelehnt.

Iswolski, der bisherige Leiter der auswärtigen Politik Rußlands, wird als Botschafter nach Paris gehen.

Der französische Kriegsminister soll 30 Aeroplane bestellt haben, die noch vor Ablauf dieses Jahres zu liefern sind.

Die 11. Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Mietervereine wurde in Nürnberg eröffnet.

In Paris wurde die 2. Internationale Konferenz der Techniker der Telegraphen- und Telephonverwaltungen eröffnet.

Aus Tokio wird die soeben vollzogene unkündbare Verlängerung des japanisch-englischen Bündnisvertrages bis zum Jahre 1916 gemeldet.

Die Gefahren des Antimilitarismus

werden der bürgerlichen Gesellschaft durch die Vorgänge auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen nachdrücklich vor Augen geführt. Sonst bot der Kongreß nichts, was die allgemeine Aufmerksamkeit lebhafter hätte fesseln und beschäftigen können. Die Stimmungslosigkeit, die ihn beherrschte, war so stark, daß ein großer Teil der Delegierten schon vorzeitig die Koffer packte, und alle Vertreter der sozialen Revolution, die in der dänischen Hauptstadt versammelt waren, um mit dem üblichen Bombast die angebliche völkerbeglückende Kraft des Sozialismus mit seinem Prinzipe der „Gleichheit von allem, was Menschenantlitz trägt", zu verherrlichen, mußten mit gesenkten Köpfen heimwärts ziehen, nachdem der Versuch, die vielgepriesene „internationale Solidarität des Proletariats" praktisch zur Erscheinung zu bringen, auch diesmal wieder gründlich verkracht war. Nur die in die Verhandlungen hineinspielende antimilitaristische Episode ist wert, aus dem Wuste von Makulatur, der in Kopenhagen aufgestapelt wurde, herausgehoben und einer näheren Erörterung unterzogen zu werden, weil es sich hierbei um eine planmäßige Wühlarbeit an den Grundlagen der bestehenden Ordnung handelt.

Es ist aus zahlreichen Aeußerungen sozialistischer Führer und aus der gesamten Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Kriegsfrage bekannt, daß die Partei des Umsturzes, nachdem sie angesichts des festen Gefüges der bestehenden Ordnung die Unmöglichkeit eingesehen hat, den „großen Kladderadatsch" von heute auf morgen in Friedenszeiten herbeizuführen, ihre ganze Hoffnung auf kriegerische Verwicklungen setzt, in deren grundstürzendem Wirrwarr dann der geeignete Augenblick abgepaßt werden soll, um die kommunistische Erhebung des Jahres 1871, deren blutige Schrecken damals Frankreich durchzukosten hatte, auf verbreiterter Grundlage womöglich in allen an dem Kriege beteiligten Staaten zu wiederholen. Von diesem Geiste sind auch die Beschlüsse geleitet, die von den internationalen Kongressen des Sozialismus bisher zu der Frage gefaßt wurden, wie sich die Vertreter des revolutionären Prinzips im Kriegsfalle zu verhalten haben. Bereits in Stuttgart wurde ein Antrag gutgeheißen, wonach die Sozialdemokraten „bei Kriegsgefahr durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges verhindern und den Krieg selbst zur Aufrüttelung des Volkes ausnutzen sollen zur Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft". Aus diesem in Kopenhagen bestätigten Beschlusse geht klar hervor, daß auch die in erster Linie geforderte Verhinderung des Krieges nur in dem Sinne einer durch zweckentsprechende Maßnahmen zu bewirkenden Stärkung der Macht des Sozialismus zu verstehen ist. Dieser Gesichtspunkt wurde noch deutlicher unterstrichen durch den Antrag, allen sozialdemokratischen Organisationen für den Fall einer Mobilmachung den Generalstreik als bindende Marschroute vorzuschreiben. Nationale Rücksichten und Bedenken kommen bei der Haltung der revolutionären Sozialisten im Kriegsfalle ebensowenig in Frage, wie eine allgemeine grundsätzliche Abneigung gegen den Krieg überhaupt; denn daß die Sozialisten auch mit der Waffe in der Hand, sobald es die Förderung ihrer Zwecke gilt, blutigen Ernst zu machen verstehen, haben sie in dem bereits erwähnten Pariser Kommuneaufstand durch die Tat bewiesen. Die Haltung des Sozialismus wird im Entscheidungsfalle lediglich von der Erwägung diktiert, wie er am wirksamsten an das Ziel der Niederwerfung der bestehenden Ordnung gelangen kann, und er ist entschlossen, sich dazu der nackten Gewalt zu bedienen, sobald er hoffen darf, auf diesem Wege Erfolg zu erreichen. Das ist die eindringliche Lehre, die den Vertretern des nationalen Staates durch die Offenbarungen der antimilitaristischen Gesinnung der sozialrevolutionären Apostel aus aller Herren Ländern aufs neue gepredigt wird.

Die Gefahren, die aus einer solchen vaterlandslosen, jedes nationale Empfinden bis auf den letzten Rest verleugnenden Anschauungsweise für den Staat hervorgehen, sind so einschneidender Natur, sie berühren so unmittelbar den staatlichen Lebensnerv, daß die ganze Kraft unerbittlicher Abwehr, die einem großen modernen Gemeinwesen auf nationaler Grundlage zu Gebote steht, zu ihrer Abwendung in Bewegung gesetzt werden muß. Es ist zum Glück allerdings zwar nicht daran zu denken, daß die ganze deutsche Arbeiterschaft im Ernstfalle nach der revolutionären Pfeife tanzen und in ihrer großen Mehrheit den ihr zugemuteten Verrat am Vaterlande begehen würde. Gleichwohl muß eine weitaussschauende fürsorgliche Regierung auf alles gefaßt sein und rechtzeitig allen Möglichkeiten vorbeugen. Von diesem Standpunkte aus fordert die „Post" eine amtliche Aeußerung zur Sache und erklärt u. a.: „Wir haben das Vertrauen, daß man in unserer Regierung auch diesen Fall bereits ins Auge gefaßt hat. Es erscheint uns unbedingt notwendig, daß heute schon alle Vorkehrungen getroffen werden für den Fall einer Mobilmachung. Es ist einfach ein Akt der Notwehr, wenn der Staat solche Hochverräter beim Ausbruch eines Krieges ohne weiteres hinter Schloß und Riegel bringen läßt. Es müßten in Deutschland am ersten Tage der Mobilmachung sämtliche sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten verhaftet, sämtliche sozialdemokratischen Blätter unterdrückt und alle sozialdemokratischen Versammlungen verboten werden." Daß gegenüber der gesamten antimilitaristischen Bewegung, die durch ihre Haltung in einer den nationalen Staat bedrohenden Kriegsgefahr die äußersten Konsequenzen vaterlandsloser Gesinnung zieht, die Energie die erste aller Tugenden ist, liegt so auf der Hand, daß jedes weitere Wort zur Begründung dieses Standpunktes überflüssig erscheint. Das haben auch die verantwortlichen Stellen in den führenden Militärstaaten wohl erkannt und dementsprechend gehandelt; sogar das demokratische Frankreich ist mit besonders drakonischen Maßregeln gegen die Verbreiter antimilitaristischer Ideen vorgegangen. Dadurch sind die führenden „Genossen" zu einer gewissen Vorsicht auf diesem Gebiete veranlaßt worden, die in Kopenhagen dadurch in die Erscheinung trat, daß der den Generalstreik betreffende Antrag nicht ohne weiteres angenommen, sondern einstweilen „zum weiteren Studium" einer internationalen Kommission übergeben wurde. Aus dieser äußerlichen Zurückhaltung geht jedenfalls so viel hervor, daß die internationalen „Genossen" gegen die rücksichtslose Anwendung der staatlichen Machtmittel nicht unempfindlich sind; denn die Ueberweisung des Generalstreikantrages an eine Kommission ist nur deshalb erfolgt, weil im Falle der Annahme des Antrages jedem dafür Stimmenden die gerichtliche Verantwortung in seinem Heimatstaate in Aussicht gestanden hätte.

Wenn aber die Sicherheit des nationalen Staates gegen derartige Ausschreitungen des revolutionären Sozialismus im vollen Umfange gewahrt werden soll, dann genügt es nicht, daß die staatlichen Machtmittel erst im Kriegsfalle selbst oder bei solchen Anlässen im Frieden, die zum Einschreiten eine gesetzliche Handhabe bieten, in Anwendung gebracht werden. Dazu gehört vielmehr eine allgemeine zielbewußte Bekämpfung der antimilitaristischen Agitation, die von der Partei des Umsturzes unter der heranwachsenden Jugend betrieben wird, und die darauf hinausläuft, unter dem jungen Nachwuchs eine derartige Abneigung gegen den Militärdienst zu erzeugen, daß dahinter alle anderen Empfindungen nationalen Charakters zurücktreten und die ganze Gesinnung der Dienstpflichtigen in den Bann der sozialrevolutionären Vaterlandslosigkeit geschlagen wird. Gegenüber dieser schleichenden Untergrabung unserer gesunden nationalen Kraft, wie sie von der Partei des Umsturzes ausgeübt wird, ist es die oberste Pflicht aller patriotischen Kreise, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß der Geist freudiger Hingabe an den militärischen Dienst, auf dem die Gewähr unseres nationalen Daseins beruht, in unserer Jugend sorgfältig gepflegt und wachgehalten wird. Der preußische Kriegsminister hat bereits vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß das Interesse der ungeschmälerten Erhaltung der Schlagfertigkeit unseres Heeres eine energische Gegenwirkung gegen die im antimilitaristischen Sinne gehaltene Beeinflussung der Jugend durch die Sozialdemokratie gebietet, und als ein Schritt nach vorwärts auf dieser Bahn ist die neuerdings ins Leben getretene Rekrutenfürsorge zu begrüßen, die in dem Bestreben gipfelt, den ausgehobenen, noch nicht zum Dienst eingetretenen Mannschaften durch eine geeignete Unterweisung die Schwierigkeiten der militärischen Ausbildung zu erleichtern. Auch das Verfahren der preußischen Heeresverwaltung, die Jugend zu allen großen militärischen Veranstaltungen heranzuziehen und ihr dazu bevorzugte Plätze anzuweisen, ist ein sehr dankenswertes Vorgehen, das den beabsichtigten Zweck wesentlich fördern wird. Daneben erscheint noch die weitere Verbreitung der militärischen Schüleransbildung, wie sie in England, Frankreich und der Schweiz üblich ist, als höchst wünschenswert. Nichts, was sich nach dieser Richtung irgend verwirklichen läßt, darf verabsäumt werden; denn je sorgfältiger wir das Gift der antimilitaristischen Agitation von unserer Jugend fern halten, je frischer und freudiger wir in unserem Nachwuchse den Geist des militärischen Interesses und der vaterländischen Mannhaftigkeit zur Entfaltung bringen, desto ruhiger können wir, den inneren und äußeren Feinden zum Trotz, allen Wechselfällen der Zukunft entgegensehen.

Handschuhe Altmarkt 8 Handschuhe Spezial-Geschäft Gebrüder Wohlauf. Nur Hanbschuhe

Neueste Drahtmeldungen

vom 5. September

Das Kaiserpaar in Stolp i. P.

Stolp (Pommern). (Priv.-Tel.) Der Kaiser und die Kaiserin sind 1 Uhr 30 Min. hier eingetroffen und haben sich unter dem stürmischen Jubel der Bevölkerung zum Stephansplatz begeben, wo das „Kaiser-Wilhelm-Denkmal" feierlich enthüllt wurde.

Stolp. Die Stadt ist zur Feier ihres 600jährigen Bestehens und zum Besuche des Kaiserpaares glänzend geschmückt. Auf dem weiten Stephansplatze, so benannt nach dem in Stolp geborenen Generalpostmeister Stephan, erhebt sich vor dem stattlichen neuen Rathause noch unverhüllt das bronzene Reiterstandbild Kaiser Wilhelms I. von Professor Broße auf breitem Granitsockel. Die Inschrift lautet: „Kaiser Wilhelm dem Großen und seinem siegreichen Heere. Stadt und Land Stolp." Sonderzüge bringen große Menschenmengen aus der Umgebung in die Stadt. Zur Spalierbildung marschierten die Kriegervereine mit Musik, die Schulen mit ihren Fahnen auf. Vom frühen Morgen an durchziehen Männer und Frauen, die an dem historischen Festzuge teilnehmen, in ihren Kostümen die Straßen. Um 8 Uhr wurde in der Marienkirche ein Festgottesdienst abgehalten. Um 11 Uhr war eine Festsitzung der städtischen Körperschaften im Rathause, wo u. a. beschlossen wurde, die in der Stadt lebenden Veteranen von 1848 bis 1871 von der Einkommensteuer zu befreien. Der Kaiser und die Kaiserin trafen um 1½ Uhr hier ein und begaben sich unter stürmischem Jubel der Bevölkerung zum Stephansplatze.

Stolp in Pommern. Der Kaiser hielt im Rathause bei Entgegennahme des Ehrentrunkes folgende Rede: „Ich bitte Sie, im Namen Ihrer Majestät der Kaiserin und in Meinem Namen den herzlichsten und tiefgefühltesten Dank für den begeisterten Empfang an die Bürgerschaft der Stadt Stolp zu übermitteln. Wir sind mit Freuden der Einladung der Stadt gefolgt, um auch diesen Landesteil zu besuchen, dessen Treue erprobt ist während seiner Zugehörigkeit zu unserem Hause, be-